

Von Gewaltanwendung deutlich distanziert

MdL Hennig (Linke) reagiert auf OTZ-Beitrag

Erfurt (OTZ). Auf den OTZ Beitrag „Jagdscenen in Erfurts Altstadt“ vom 23. Februar hat jetzt die Landtagsabgeordnete der Linken Susanne Hennig reagiert. In einem Schreiben an die Redaktion zu dem Geschehen im Oktober 2009 um den Treffpunkt RedRoXX widerspricht sie den Feststellungen, dass verummte Jugendliche vor der Polizei gern in ein bestimmtes Wahlkreisbüro flüchteten und neu sei, dass die autonome Szene immer öfter einen ganz bestimmten Fluchtweg nehme, „wenn Ordnungshüter ihr hinterherrennen: geradewegs ins Wahlkreisbüro der Linken“.

„Dies ist falsch“, schreibt Frau Hennig. Ihr sei aus einem entsprechenden Polizeieinsatz lediglich ein einziger Vorfall in der Nacht vom 30. auf den 31. Oktober 2009 bekannt. „Weitere Vorfälle gibt es nicht.“

Falsch sei auch die Vorhaltung, so Susanne Hennig, sie habe gegenüber der Polizei, nachdem diese mutmaßliche Täter im RedRoXX festgenommen hatte, „die Frage nach der Existenz eines Hinterausgangs verneint. Das war geschwindelt“. Sie habe „sämtliche Fragen der Polizei wahrheitsgemäß beantwortet“,

schreibt Frau Hennig. Auch sei die Polizei nicht in das RedDoXX eingedrungen, sondern habe dieses mit ihrem Einvernehmen betreten.

Susanne Hennig widerspricht ebenso dem Eindruck, nur Bodo Ramelow habe sich im Linken Lager bislang von Reizgassprühern und Flaschenwerfern klar distanziert. Frau Hennig weist darauf hin, dass sie auf ihrer Website unter dem Datum 31. Oktober 2009 unverzüglich eine „Erklärung zu den Vorfällen am 30.10.2009 um das RedRoXX“ veröffentlicht habe. Darin distanziert sich Frau Hennig persönlich

u. a. mit den Worten: „Das RedRoXX lehnt jede Form von Gewalt ab. Wir distanzieren uns deutlich davon, Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung anzuwenden oder zu akzeptieren. Das RedRoXX ist in dieser Hinsicht kein rechtsfreier Raum und fungiert folglich nicht als Schutzraum für Straftäter. Straftaten müssen aufgeklärt werden. Das RedRoXX weist einen Bezug zu den Tatverdächtigen von sich und stellt klar, dass das Werfen von Bierflaschen auf Menschen eine nicht zu akzeptierende Gewaltanwendung darstellt.“

OTZ

25.2.2010